

Unter anderem in dieser Ausgabe:

NEU: UNSERE VERTRAUENSPERSONEN STELLEN SICH VOR S. 3

SOZIALES: GRUNDRECHT MEDIZINISCHE VERSORGUNG S. 4-5

STADTRATSNOTIZEN: GESCHEHEN UND RADVERKEHR S. 6-7

THEORIE & PRAXIS: LINKSSOZIALISMUS S. 14

Veranstaltungstipp

22. Juni, Stadtteilversammlung des Wahlkreises Mitte-Ost

Wir laden Bürger*innen und Genoss*innen ein, gemeinsam zu diskutieren, welche Themen und Probleme im Land wir mit ihnen angehen wollen.

Seiten 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 06/2024

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig



Wahlkampfhöhepunkt zur Europa- und Kommunalwahl in Leipzig mit Gregor Gysi, 6. Juni 2024

Foto: Johannes Schmidt

Leipziger LINKE bleibt mit moderaten Verlusten stabil!

Redaktion MiB Die Leipziger Linke feiert – bei moderaten Verlusten – dennoch mit einem Ergebnis von 17,5 Prozent einen Wahlerfolg. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern, wir konnten mit 160.510 Stimmen (2019: 171.423 Stimmen) unser Stimmenergebnis im Vergleich zur letzten Wahl bestätigen.

Leider reichte es diesmal nur zum zweitbesten Ergebnis, dennoch sind wir wieder stärkste Kraft im Mitte-Links-Spektrum des Stadtrates – trotz eines deutlich schlechteren Bundestrends.

Dazu sagt Adam Bednarsky, Vorsitzender Die Linke Leipzig: „In harten Zeiten für DIE LINKE ist das trotz alledem ein guter Tag für die Leipziger Linke. Nach dem desaströsen Europawahlergebnis für meine Partei haben wir uns einmal mehr von dem Bundestrend absetzen können. Das ist keine Selbstverständlichkeit.“

Mein Dank gilt deshalb nicht nur den vielen engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, sondern auch den Wählerinnen und Wählern, die uns mit ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen und den Rücken

gestärkt haben. Den neu gewählten Stadträtinnen und Stadträten wünsche ich für die nächsten Jahre viel Kraft und Erfolg.“

Sören Pellmann, aktueller Vorsitzender der Linken im Bundestag und im Leipziger Stadtrat ergänzt: „Gegen den Bundes- und Landestrend haben wir mit eigenen Inhalten und Schwerpunktsetzung lediglich moderate Verluste zu verzeichnen.“

Wir gehen davon aus, dass wir die nächsten Tage und Wochen dazu nutzen werden, um

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Di., 18. Juni 2024, 16:30 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi., 17:00 Uhr, Solidarische Beratung im Stadtteil, Stannebeinplatz 11, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi., 12. Juni 2024, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi., 19. Juni 2024, 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Do., 20. Juni 2024, 16:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus

dies gemeinsam mit Landes- und Bundesebene detailliert auszuwerten und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.“

In den Stadtrat wurden gewählt:

WK0 - Franziska Riekewald
WK1 - Elisa Gerbsch
WK2 - Beate Ehms

WK3 - Dr. Olga Naumov
WK4 - Juliane Nagel
WK4 - Marco Götz
WK4 - Susanne Scheidereiter
WK5 - Mandy Gehrt
WK6 - Sören Pellmann
WK7 - Volker Külöw
WK8 - Franziska Kießling
WK9 - Cornelia Falken



Foto: Kay Kamieth

Kinderfest in Leutzsch

Für den SBV Alt-West Ulf Graslaub Am Samstag, den 03.08.2024, findet unser diesjähriges Kinderfest in Leutzsch, im Park am Wasserschloss, statt. Damit setzen wir auch dieses Jahr unsere nun schon über zwei Jahrzehnte währende Tradition fort. In diesem Jahr haben wir unser Fest in die Landtagswahl eingebettet, um so einen der Höhepunkte in diesem überaus wichtigen Wahljahr zu schaffen.

Wie jedes Jahr gibt es wieder die Attraktionen vom Spielmobil, einen Zauberer, Hüpfburg, Kinderschminken und vieles mehr.

Auch für das leibliche Wohl werden wir sorgen. Aus diesem Grund bitten wir euch, als SBV Alt-West um Spenden, damit wir auch dieses Jahr wieder die Herausforderungen bewältigen können. Über finanzielle Unterstützung sowie über Kuchen für den Kuchenbasar wären wir sehr dankbar.

Spenden bitte an:

Die Linke Leipzig
Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
BIC: WELADE8L
Verwendungszweck: Kinderfest Leutzsch



Foto: Johannes Schmidt

Unterwegs auf neuem Terrain

Angela Müller & Johanna Glameyer Eure Vertrauenspersonen stellen sich vor

Die ehrenamtlichen Stellen der Vertrauenspersonen für Betroffene von sexualisierter Gewalt, Mobbing, rassistischer, sexistischer, antisemitischer oder sonstiger Diskriminierung im Stadtverband waren über einen längeren Zeitraum unbesetzt.

Die Ereignisse in unserem Stadtverband haben gezeigt, dass es trotz unseres Anspruchs als links, sozialistisch, solidarisch und feministisch leider trotzdem auch in unserer Partei einer solchen Anlaufstelle für Betroffene bedarf. Deshalb haben wir uns gewissermaßen im Doppelpack beworben. Nach inzwischen erfolgter Berufung durch den Stadtverband stehen wir, Johanna Glameyer und Angela Müller, ab sofort als Vertrauenspersonen zur Verfügung.

Die Herausforderung, ehrenamtlich als Vertrauenspersonen bei Die Linke Leipzig eingesetzt zu werden, haben wir uns gestellt, weil wir davon überzeugt sind, dass wir alle uns einbringen und beizutragen haben, um „die Welt“ mitzugestalten, sodass möglichst alle Personen darin sicher und würdevoll leben und sich angstfrei darin bewegen und ausdrücken können - allemal im Rahmen unserer Partei.

Als Linke stehen wir in einer feministischen und antipatriarchalen Tradition. Wir wissen, dass Geschlechterverhältnisse in einer kapitalistischen Gesellschaft immer auch Machtverhältnisse sind, die strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zwangsläufig hervorbringen. Wir werden unserem politischen Anspruch nur gerecht, wenn wir unsere feministische Verankerung glaubwürdig vertreten und im Alltag konkret machen. Das bedeutet, eine gewalt- und diskriminierungsfreie Kultur auch in unseren eigenen Reihen zu leben - und dies als unsere gemeinsame Verantwortung zu erkennen und anzunehmen.

Unsere Hauptaufgabe möchten wir deshalb möglichst in der Prävention von Formen der Diskriminierung, sowohl auf individueller als auch struktureller Ebene, innerhalb unserer Partei sehen, um derartige Situationen zu verhindern. Wir wünschen uns sehr, durch Präventionsarbeit mit möglichst wenigen „Scherbenhaufen“ patriarchaler Machtstrukturen konfrontiert zu werden. Im Hinblick auf Prävention wünschen wir uns die größtmögliche Offenheit aller Personen und hoffen, dazu beizutragen, ein stabiles und dauerhaftes Klima gegenseitiger Wertschätzung und solidarischen Miteinanders zu stärken.

Diese Ziele können wir aber nur gemeinsam erreichen. Wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, dass in unseren Grundsätzen,

Regularien und Statuten ein solidarischer und gewaltfreier Umgang, eine Kultur des gegenseitigen Respekts als „selbstverständlich“ verankert sind. Wir müssen weiter gehen und uns fragen, was wir in unserem Parteileben besser machen, wie wir unseren Grundkonsens greifbar verankern können.

Daher werden wir in den nächsten Monaten mit einem Gesprächsangebot auf die einzelnen Stadtbezirksverbände und Basisorganisationen zu kommen und hoffen auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ab sofort könnt Ihr uns jederzeit persönlich ansprechen oder unter der Mailadresse vertrauensperson@dielinke-leipzig.de kontaktieren.

Vertrauensperson - ein großer Begriff mit hohem Anspruch, dem wir im Team gerecht werden möchten. Deshalb werden wir ebenfalls Vernetzung mit Ansprechpartner*innen wichtiger Institutionen suchen und um relevante Weiterbildungen/Schulungen bemühen. Besonders freuen wir uns weitere Unterstützung - sehr gerne durch einen oder zwei männlich gelesene Genossen. Wer hieran Interesse hat und sich beteiligen möchte, kann ebenfalls Kontakt über unsere obige Mailadresse aufnehmen. Wir freuen uns über An-Fragen und Mitteilungen zwecks Unterstützung und sind gespannt auf die ersten Schritte auf diesem neuen Terrain.

Vertrauenspersonen

Zur Lösung von Problemen innerhalb der Partei hat Die Linke Leipzig zwei Vertrauens- bzw. Ombudspersonen als unabhängige AnsprechpartnerInnen: Angela Müller & Johanna Glameyer

An sie können sich unsere GenossInnen wenden, wenn es in der Mitgliedschaft, in der Partei- oder Gremienarbeit zu sexualisierter Gewalt, Mobbing sowie zu rassistischen, sexistischen, antisemitischen oder anderweitigen Beleidigungen gekommen ist.

Zu ihren Aufgaben gehören:

- Verdeutlichung, dass in unserer Partei kein Platz für Benachteiligung ist.
- Ansprechbar sein für die von Diskriminierung oder Beleidigung Betroffenen.
- In Absprache mit dem/der Betroffenen den Fall erörtern und ggf. professionelle Hilfsangebote vermitteln.
- In Absprache mit dem/der Betroffenen die möglichen Täter*innen ansprechen und den Sachverhalt erörtern.

Kontakt zu Vertrauenspersonen:

vertrauensperson@dielinke-leipzig.de



Ein Bericht der AG Soziales: **Dem Grundrecht auf medizinische Versorgung auf der Spur**

Die AG Soziales befasst sich seit längerer Zeit mit den Themen Wohnungs- und Obdachlosigkeit. In diesem Zusammenhang haben wir durch den Besuch der Bahnhofsmision des Stadtbezirksbeirats Mitte von einem steigenden Spendenbedarf von Verbands- und Hygienemitteln in den Tagestreffs und Übernachtungshäusern für wohnungs- und obdachlose Menschen erfahren. Das animierte uns, das Thema der Gesundheitsversorgung für jene Personengruppen intensiver zu begutachten.

Gemäß der UN-Menschenrechtscharta hat grundsätzlich jeder Mensch das Recht auf medizinische Versorgung im Falle einer Erkrankung. Wir als Linke wissen schon lange, dass dieses Grundrecht in Deutschland aufgrund des profitorientierten Gesundheitssystems nur unzureichend gewährleistet ist. Daraus folgt eine lückenhafte Verfügbarkeit von Angeboten an Gesundheitsleistungen, insbesondere im ländlichen Raum. Damit ist die Versorgung oftmals vom Geldbeutel oder anderen Zugangshürden abhängig.

Aus diesem Grund war es lange Zeit gar nicht bekannt, dass eine größere Gruppe an Personen keinen Zugang zum gesundheitlichen Versorgungssystem in Deutschland hat. Die Zahl an Menschen ohne Krankenversicherung wird nicht vollständig statisch erfasst. Somit liegen nur Schätzungen zur Zahl der Betroffenen vor.

Doch die Dunkelziffer liegt hoch und zeigt eine enorme Versorgungslücke für verschiedene Personengruppen, die im Falle einer Erkrankung keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen oder einer entsprechenden Versorgung haben. Hierzu zählen beispielsweise:

- Menschen ohne Papiere, ohne legalen Aufenthaltsstatus;
- Menschen, die ihre Krankenversicherung verloren haben;
- Menschen, die unzureichend oder gar nicht versichert sind.

Die weiterhin fehlenden Lösungskonzepte von Seiten des Bundes sowie die Zuständigkeits- und Verantwortungsübertragung der Länder an die Kommunen, lassen diese Versorgungslücke auch bewusst zu.

In diesem Kontext haben wir uns mit den aktuellen Gegebenheiten in Leipzig bekannt gemacht. Bei unseren ersten Recherchen sind wir auf das Lösungskonzept anonyme Behandlungsscheine (ABS) und auf den Verein „Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig e. V.“ (CABL e. V.) gestoßen.

Durch die Beschäftigung mit den ABS warfen sich für unsere weitere Arbeit viele Fragen auf. Diese behandelten beispielsweise:

- wie die genaue Ausgestaltung der Ausstellung solcher ABS aussieht,
- die Finanzierung und Arbeit des CABL e. V.,
- die statistische Entwicklung der Personen, die auf die Ausgabe von ABS angewiesen sind, und welche Fehlstellen im Versorgungssystem aktuell bestehen
- sowie ein Projekt des Vereins, welches explizit die Versorgungssicherung von Menschen ohne festen Wohnsitz betrafen.

Für eine allgemeine Aufklärung über ihre Arbeit und Beantwortung unserer Fragen besuchten wir am 22. April 2024 den Verein CABL e. V. In einem sehr interessanten und aufschlussreichen Gespräch konnte uns die Vertreter von CABL e. V. all unsere Fragen beantworten.

Anonyme Behandlungsscheine werden von entsprechenden Stellen ausgestellt, wenn oder so lange Personen keine Krankenversicherung haben, um auf diesem Weg kurzfristig Zugang zum Gesundheitssystem in Deutschland zu erhalten.

Der Verein CABL e. V. hat sich aus dem Studierendennetzwerk Medinetz Leipzig heraus entwickelt und wird seit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2019/2020 des Stadtrats Leipzig durch öffentliche Mittel getragen und finanziert. Der Verein bietet Sozialberatungen für Menschen an, die derzeit keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem haben und stellt anonyme Behandlungsscheine aus. Mit einem ABS

können sich Menschen unter Wahrung ihrer Anonymität in einer frei gewählten ambulanten Praxis kostenfrei behandeln lassen, da die anfallenden Behandlungskosten über den Verein abgerechnet werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die Praxen die ABS akzeptieren.

Der Verein bietet zweimal wöchentlich offene Sprechstunden an, in welchen Sozialberater*innen mit der Unterstützung von ehrenamtlichen Ärzt*innen eine initiale Anamnese vornehmen und ggf. den Versicherungsstatus prüfen sowie bei Bedarf einen ABS ausstellen. Im Regelfall kommen die Betroffenen mit akuten medizinischen Anliegen zu den Sprechstunden. Der ABS wird in Form einer eigens vom CABL e. V. erstellten und ausgefüllten Vorlage ausgegeben.

Auch wenn Leipzig hiermit eine Vorreiterposition in Sachsen einnimmt, sind die Mittel nicht gesichert und in Anbetracht der tatsächlich bestehenden Bedarfe nicht ausreichend. Um die vorhandenen Versorgungslücken zu überbrücken, ist eine Förderung und Ausfinanzierung von Seiten des Landes oder Bundes unabdingbar, da insbesondere für die Übernahme von Behandlungskosten im stationären Bereich die Mittel fehlen. Im Moment können diese beispielsweise nur über Spendenaktionen im zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich z. B. durch das Medinetz beschafft werden. Andernfalls bleiben die Krankenhäuser z. B. bei einer (überlebens-)notwendigen Notfallbehandlung nachträglich auf den Kosten sitzen.

Des Weiteren ist im CABL e. V. auch ein Projekt zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne festen Wohnsitz angesiedelt.



Seit November 2020 besteht das Projekt „Umfeldnahe Versorgung von Menschen ohne festen Wohnsitz“ (UVO) in Leipzig. Im Rahmen des Projekts sollen durch ehrenamtlich tätige Ärzt*innen in Leipziger Übernachtungshäusern und Tagestreffs regelmäßig medizinische Sprechstunden durchgeführt werden. Dieses Projekt wird eigenständig von der Stadt Leipzig gefördert.

Der Gesundheitszustand von wohnungs- und obdachlosen Menschen ist häufig schlecht. Neben möglichen strukturellen Problemen, die den Zugang zum System erschweren, bestehen oft emotionale Faktoren, wie die Angst vor Ablehnung oder bereits erlebte Diskriminierungen. Diese halten Menschen ohne festen Wohnsitz davon ab bei Beschwerden, Ärzt*innen oder medizinische Einrichtungen aufzusuchen.

Das Projekt UVO entstand aufbauend auf der Ausgabestelle für Anonyme Behandlungsscheine. Viele Menschen ohne festen Wohnsitz nutzten das Angebot der offenen Sprechstunden und es zeigte sich, dass viele von ihnen einen Versicherungsstatus haben. Per se sind sie nicht auf die Ausgabe eines Behandlungsscheins angewiesen und hätten Zugang zur Regelversorgung. Doch dieser wird aufgrund von erlebten Diskriminierungen und Abweisungen nicht in Anspruch genommen.

Aus diesem Grund wurden im Rahmen des Projekts in sechs Übernachtungshäusern und Tagestreffs zu verschiedenen Zeiten Sprechstunden angeboten. Dabei wirken aktuell sieben ehrenamtliche Ärzt*innen sowie 15 weitere ehrenamtliche Helfer*innen mit. Mittlerweile gibt es auch ein mobiles



Angebot, welches die Versorgungslage für Betroffene durch Vor-Ort-Sprechstunden vereinfachen soll. Ein Großteil der Arbeit im Projekt wird durch Ehrenamtliche bewältigt.

Grundlegend besteht aber eine Unterversorgung und es fehlt an ausreichend Personen und vor allem an Fach- und Spezialmediziner*innen (z. B. wie Hautärzt*innen). Insbesondere in der Region des Hauptbahnhofs wird die Quantität und die Qualität der Versorgung derzeit durch eine steigende Fallzahl von Krätze, Kleidungsläusebefall oder anderen Hautkrankheiten verschärft.

Auch wenn die Sachverhalte und Krankheitsvorkommnisse an das Gesundheitsamt gemeldet werden, fehlt es bisher an einer Rückmeldung oder gar Reaktion. Es erweckt eher den Eindruck, dass sich keine Ebene verantwortlich fühlt: Die Fälle werden lediglich „an entsprechende Stellen weitergemeldet“. Somit sind die Ehrenamtlichen und der CABL e. V. oftmals mit der Versor-

gungs- und Behandlungssituation auf sich allein gestellt. In schweren Fällen erfolgt die Behandlung im ambulanten und stationären Bereich teilweise erst, wenn weitere schwerwiegendere Krankheitsbilder hinzukommen. Dementsprechend bestehen in vielen Fällen weiterhin Versorgungslücken und der Zugang zu Gesundheitsleistungen bleibt insbesondere für wohnungs- und obdachlose Menschen hürdenreich. Aktuell gilt es die bestehenden Hilfs- und Versorgungsangebote des CABL e. V. sowie des UVO-Projekts zu stärken und zu verstetigen, mittel- und langfristig muss die öffentliche Hand jedoch ihrer Verantwortung endlich gerecht werden und die aufgezeigten Lücken der Regelversorgung schließen. Ein solidarisches Gesundheitssystem darf nicht auf den Schultern von ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen lasten.

Auch wenn wir unseren Stadträt*innen danken, dass sie mit der Schaffung und Finanzierung des CABL e. V. sowie des UVO-Projekts die Versorgungssituation für viele Personengruppen in Leipzig verbessert haben, gibt es noch viel zu tun!

Wir bleiben am Thema dran und möchten uns bei den Ehrenamtlichen und der Mitarbeiterschaft des CABL e. V. sowie des UVO-Projekts für ihre Arbeit sowie die Gesprächsbereitschaft bedanken!

Solltet ihr Interesse am Thema und/oder am Mitwirken in der AG Soziales haben, dann meldet euch gern unter: sozial@die-linke.cloud

① Weitere Informationen zum CABL e. V. und UVO findet ihr hier: www.cab-leipzig.de

Fotos: Ariane Barth

Radverkehrsentwicklungsplan 2030+

Siegfried Schlegel Eine große Stadtratsmehrheit beschloss den Radverkehrsentwicklungsplan 2030+ und bestätigte gleichzeitig die Realisierung von Maßnahmen zur Zielerreichung entsprechend der jeweiligen Fortschreibung des Rahmenplans zur Fortschreibung der Mobilitätsstrategie sowie die 1. Fortschreibung des Hauptnetzes Rad als Zielnetz für den Radverkehr ohne Berücksichtigung der anderen Mobilitätsarten, da es derzeit keine integrierte Verkehrsplanung gibt.

So kommt es ganztätig zu Staus auf dem Zentrumsring und nunmehr auch in der jetzt einspurigen Karl-Liebnecht-Straße. Dort wurde sogar auf Abbiegespuren für Kfz an den Kreuzungsbereichen verzichtet. So kommt es zur teilweisen Verlagerung des Kfz-Verkehrs in die Koch- bzw. Bernhard-Göring-Straße, obwohl seit ca. 10 Jahren über eine bzw. sogar beide als Fahrradstra-

ße diskutiert wird, ohne eine Entscheidung zu treffen.

Mehrheitlich angenommen wurde der Änderungsantrag der CDU. So sollen Fahrradbasisspuren in den ländlichen Ortsteilen verdichtet werden, um die Schulwegsicherheit und die Angebote für Naherholung zu verbessern.

Mehrere Einzelanträge der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90 /Grüne und SPD wurden in einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst. Die Verwaltung hatte bereits den Vorschlag übernommen, wonach die Stadtverwaltung die zuständigen Ausschüsse bis Mitte 2025 informiert, wie über den Ausbau von Mobilitätsstationen, Mobilpunkte bzw. Mobilitätshubs sowie die Ausdehnung eines Fahrradverleihsystems auf die gesamte Stadt, um Bikesharing auch am Stadtrand attraktiv zu machen und insbesondere mit

dem ÖPNV zu vernetzen. Außerdem soll dargestellt werden, wie E-Bikesharing in Leipzig ermöglicht und umgesetzt werden kann.

Beschlossen wurde auch der prioritäre Ausbau Radverkehrsanlagen/-verbindungen, wie entlang der Luppe Richtung Schkeuditz, am Elsterbecken, dem Saale-Leipzig-Kanal, die gesamte Strecke des Elsterradwegs, die Küchenholzallee und mehrere Wege im südlichen Auenwald. Diese „eigenständigen Radwege“ (tatsächlich sind es meist kombinierte Rad- und Fußwege) erfüllen eine wichtige Funktion abseits des Straßennetzes, sofern sie durchgängig und vollwertig nutzbar sind.

Für diese ganzjährig befahrbaren Radwege sollen die Planungen und der Ausbau dieser Routen zeitnah angegangen werden. Außerdem sollen diese Wege durch die Stadt Leipzig mit Priorität behandelt werden und

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Mai

Anträge der Linken positiv votiert

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes wurde der Antrag der Linksfraktion „Kein Verkauf der kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge. Eine mehrheitliche Zustimmung erhielt auch der Antrag der Linken zur Deckelung der Mieterhöhungen durch Absenkung der Kappungsgrenze, wonach in drei Jahren die Miete nur maximal um 15 statt 20 % erhöht werden darf. Zur Abstimmung stand auch der Antrag der Linksfraktion zur „Bildlichen Standortausweisung für das städtische Sitzbankkonzept“.

Der Seniorenbeirat hatte das Anliegen ohne Gegenstimmen unterstützt und dazu einen ergänzenden Änderungsantrag eingebracht, den sich die Linksfraktion zu Eigen gemacht und zur Abstimmung gestellt hatte. Das Anliegen wurde auch von der CDU-Fraktion unterstützt.

Obwohl die Sprache von Architekten und Ingenieuren die Zeichnung ist, hatte die Verwaltung im Verwaltungsstandpunkt mit einer Rolle rückwärts lediglich einen Leitfaden vorgeschlagen, was der Seniorenbeirat in seinen Änderungsantrag aufgenommen hatte. Völlig unklar war deshalb, dass auf Vorschlag der SPD der Verwaltungsstandpunkt halbherzig abgestimmt wurde. Gut möglich, dass der Antrag und der Änderungsantrag nicht verstanden oder eine Zustimmung zum Anliegen der Antragsteller nicht gegönnt war.

Anträge anderer Fraktionen und Stadtbezirksbeiräte votiert

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag des Stadtbezirksbeirates (SBB) Mitte zur Prüfung der Weiterführung des Radfahrstreifens in westlicher Richtung vom Hauptbahnhof über den Tröndlin- und Goerdelerring sowie in südlicher Richtung über Dittrich- und Martin-Luther-Ring sowie der Antrag des SBB Süd-West zur Ertüchtigung der Wege im Waldgebiet Küchenholzallee beschlossen. Beschlossen wurden auch die Neufassung des Antrags von Stadtrat Thomas Kumbernuss unter Einbeziehung des Änderungsantrags der SPD-Fraktion und des Verwaltungsstandpunktes zu mehr Verkehrssicherheit in der Herderstraße in Connewitz sowie der CDU-Antrag zur schrittweisen farblichen Markierung von Radwegen, der sich aber gemäß dem beschlossenen Verwaltungsstandpunkt bereits in der Umsetzung befindet.

Planungsbeschluss

Wilhelm-Leuschner-Platz

Mit 40 Für- und 10 Gegenstimmen fasste der Stadtrat den Planungsbeschluss für die Freiflächengestaltung des Wilhelm-Leuschner-Platzes. Dafür wurden das Ergebnis und die Empfehlungen des Preisgerichts aus dem Architekturwettbewerb Leistungsphase 1 (LP) zur Kenntnis genommen. Beschlossen wurde die Beauftragung der Planungsleistungen für die Platz- und Freiflächengestaltung sowie die Verkehrsanlagen. Der Ober-

bürgermeister wird dazu mit dem Verfasser des erstplatzierten Entwurfs im Rahmen eines Verfahrens nach Vergabeverordnung für die LP 2-5, also bis einschließlich Ausführungsplanung und Kostenanschlag treten. Dafür wird in den Jahren 2025-2026 jeweils ein sechsstelliger Betrag in den Haushalt eingestellt.

Weiterführung Wohnungsbau in Heiterblick

Als Folge der Wende kam der Wohnungsneubau im südlichen Teil des einstigen Wohnkomplexes Kiebitzmark im Neubaugebiet Paunsdorf zum Erliegen. Nach jahrelangem Drängen und Anträgen der Linksfraktion und nachfolgend weiterer Fraktionen erzwang in den letzten Jahren auch der angespannte Wohnungsmarkt nach mehreren Stadtratsbeschlüssen die Weiterführung des Wohnungsbaus im Leipziger Osten unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft. Als einer der Erbauer der Großwohnsiedlung Paunsdorf konnte der Verfasser Erfahrungen und Wissen dazu beisteuern. Der Stadtrat fasste nunmehr den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 482 für das neu bezeichnete Gebiet „Stadtquartier Paunsdorfer Allee/Permoser Straße“ im Ortsteil Heiterblick.

Veränderungssperre für B-Plangebiet Semmelweisstraße

Einstimmig beschloss der Stadtrat eine Veränderungssperre für das künftige B-Plan-

ganzjährig befahrbar sein. Der Fachausschuss Stadtentwicklung soll fortlaufend informiert werden.

Im Rahmen der Haushaltplanung sollen die Investitionen in den Radverkehr heruntergebrochen werden. Perspektivisch soll der laut Nationalen Radverkehrsplan angestrebte Wert von 30 Euro pro Einwohner inkl. Fördermitteln erreicht werden. Außerdem wurde vorgeschlagen mit den Kfz-Spuren niveaugleiche „Protected Bike Lanes“ (sichere Radwege, die mit Pollern von den Fahrspuren abgetrennt sind) statt weiterer Tests und grundsätzlich bei der Neuplanung von Radverkehrsanlagen in den Planungen auf Realisierbarkeit abzuprüfen. Besonders geprüft werden sollen Trassen

mit Unfallhäufungen sowie Abschnitten mit häufigen Fällen von verkehrswidrigen Verhalten, wie zugeparkten Radverkehrsanlagen.

Hingegen wurde ein Antrag der Freibeuter abgelehnt, wonach Fahrräder zukünftig auch in Hauptverkehrszeit in Bussen und Straßenbahnen mitgenommen werden dürfen. Bisher ist dies nur in den Abend- und Nachtstunden mit Ticket und im Test sogar kostenlos möglich. Bei

allen Verbesserungen für den Radverkehr muss geprüft werden damit die Ansprüche an andere Mobilitätsarten, insbesondere an den Fußverkehr und den ÖPNV im wahren Sinne des Wortes „nicht unter die Räder“ kommen. Das betrifft vor allem die nicht separierten Radschnellwege z. B. die Neue Linie, die oftmals auch für Fußgänger wichtige Trassen ohne Alternative sind. Deshalb sind integrierte Entwicklungspläne auch für die anderen Mobilitätsarten längst überfällig.



Fotos: Siegfried Schlegel

Nach dem Stopp des Wohnungsbaus im Wohnkomplex Kiebitzmark Anfang der 1990er Jahre soll das Bauen in Heiterblick-Süd fortgesetzt werden, wobei bereits bei der Planung des Städtebau die Wohnungsunternehmen einbezogen werden.



Unabhängig zur Bebauung des Wilhelm-Leuschner-Platzes beschloss der Stadtrat die Planung der Grünflächen auf der Westseite, da diese durch den B-Plan bestimmt sind.

gebiet Semmelweisstraße an der Kreuzung Straße des 18. Oktober in Zentrum Südost, wo künftig auch Wohnungsneubauten errichtet werden sollen. Damit wird verhindert, dass vorzeitig Bauten entstehen, die nicht dem künftigen B-Plan entsprechen.

Baubeschlüsse und Mehrkosten zu Kommunaleinrichtungen

Der Stadtrat beschloss den Neubau für 102 Kita-Plätzen für die Kita Poetenweg 24 in Gohlis-Süd. Wegen Fristablauf hatte der Stadtrat über eine 2. Satzung zur Verlängerung der zeitweisen Änderungen der Hauptsatzung zur Bestätigung von Mehrkosten bei Baumaßnahmen von Schulen und Kitas erneut zu entscheiden. Bei der Abstimmung votierten zwar 31 Stadtratsmitglieder für die Verlängerung der Hauptsatzungsänderung bei 9 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen.

Da bei einer Änderung der Hauptsatzung aber über die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder, in Leipzig - also mindestens 36 - dafür stimmen müssen, soll die Abstimmung im Juni erneut durchgeführt werden. Wegen Kostenerhöhungen musste der Stadtrat Beschlüsse zur Zweifeldsporthalle Lützner Straße 112 in Grünau sowie zur Modernisierung der Oberschule am Adler fassen.

Antrag zu Jahrtausendfeld vertagt

Die Fraktionen DIE LINKE und SPD hatten einen gemeinsamen Antrag für eine nachhaltige Zukunft des Jahrtausendfeldes ein-

gebracht. Diese befindet sich nördlich der Lützner Straße gegenüber dem Busbahnhof in Lindenau. Ein privater Investor wollte das Grundstück durch eine maximale bauliche Dichte ohne nennenswerte öffentliche Grünflächen vermarkten. Dafür wurde die elitäre International School gewonnen.

Dazu muss man wissen, dass diese einen Schulstandort in der Könnerritzstraße in Schleußig besitzt. Um eine ausreichend große Schulhoffläche zu sichern, wurde extra eine um 1970 von Lehrlingen gebaute Kindertagesstätte ersatzlos abgerissen. In der zurückliegenden Zeit wurde ein Dialogverfahren durchgeführt, dass eine behutsame Bebauung des Jahrtausendfeldes mit einem nennenswerten Anteil an öffentlichen Grünflächen zulässt, was auch Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft durch eine Petition mit über 6000 Unterschriften unterstützen.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, die offensichtlich die Interessen des Investors unterstützen, wurde die Abstimmung über den Antrag von Linke und SPD auf die nächste Ratssitzung vertagt. Das passt so gar nicht zu den Initiativen Waldgebiete und Grünflächen ohne Kompromisse und ohne Ausgleichsmaßnahmen zu erhalten.

Naturschutzgroßprojekt Leipziger Auenwald

Der Leipziger Stadtrat fasste einstimmig

den Grundsatzbeschluss für das Naturschutzgroßprojekt Leipziger Auenwald zur Revitalisierung des Leipziger Auensystems.

Dazu wird ein Förderantrag an das Bundesamt für Naturschutz zur Erstellung eines Pflege- und Entwicklungsplanes gestellt. Da sich das Auensystem auf den Gemarkungen von Leipzig und Schkeuditz befindet, muss auch der Schkeuditzer Stadtrat einen solchen Beschluss fassen.

Tangentiale Straßenbahn im Süden

Erhalten wurde der Projektbericht zum Stand der technischen Realisierbarkeit einer tangentialen Straßenbahntrasse von der Brünner Straße in Grünau, über Antonienstraße und Schleußiger Weg in Südwest, die Kurt-Eisner-Straße im Süden sowie der Semmelweisstraße mit Einmündung in die Prager Straße in Zentrum Südost.

Vertiefende Untersuchungen müssen zur Trassenführung in Grünau, zu Einbindungen zwischen Zwickauer Straße und Prager Straße, zum ruhenden Verkehr, Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt werden sowie ein Gestaltungskonzept zum Umgang mit dem Vorhandenen sowie Neupflanzung von Großbäumen in der Kurt-Eisner-Straße erstellt werden. Auch zwei Brückenplanungen für Ersatzbauwerke müssen durchgeführt werden.

Ausarbeitung und Ratifizierung des Grundgesetzes im Rahmen des Besatzungsstatutes

Prof. Dr. Kurt Schneider Sieger der Geschichte haben „75 Jahre Grundgesetz“ als „Glücksfall für Deutschland“ gefeiert, ohne die Ursachen und Triebkräfte der Entstehungsgeschichte des gefeierten Grundgesetzes zu benennen. Der nachstehende Beitrag dient daher dazu, dem tatsächlichen Verlauf deutscher Nachkriegsgeschichte gerecht zu werden.

Geleitet von den durch den Kalten Krieg geprägten Ziele der amerikanischen Europapolitik, unter ihrer Führung Westeuropa auf vertraglicher Grundlage wirtschaft- und militärpolitisch zu einen, wurde die Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte dieser strategischen Neuorientierung angepasst. Westdeutschland sollte im Sinne der Truman-Doktrin ein „Schutzwall gegen den Kommunismus“ werden. Dafür wurde die Trizone in den Marshall-Plan aufgenommen und im Juni 1948 eine separate Währungsreform durchgeführt, die Einführung der am Dollar orientierten D-Mark.

Entsprechend dieser Zielstellung übergaben am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs den elf Ministerpräsidenten der Länder der drei Westzonen in Frankfurt/M. drei Dokumente, die den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland enthielten. Es waren: I: Grundlinien für die Verfassung, II: Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen, III: Grundsätze eines Besatzungsstatuts.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisierten die Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, deren Konstituierung spätestens am 1. September 1948 zu erfolgen hatte. Dieses Gremium sollte eine Verfassung ausarbeiten, „die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält“. Betont wurde, dass die zu erarbeitende Verfassungsvorlage nur dann durch die Militärgouverneure zur Ratifizierung genehmigt wird, wenn sie nicht im Widerspruch zu den vorgegebenen allgemeinen Grundlinien aller drei Dokumente steht.

Bei Zustimmung zur Verfassungsvorlage werden die Militärgouverneure, hieß es weiter, ein Besatzungsstatut veröffentlichen, „damit sich die Bevölkerung darüber im Klä-

ren ist, dass sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt“. Das hieß: „Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.“ Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierung bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung wurden als eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure benannt. Um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen, wurde ausdrücklich vermerkt, haben die deutschen Behörden weitgehend den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge zu leisten. Das schließt ein, diesen jede Verfassungsänderung zur Genehmigung vorzulegen.

Die Antwortnote der Ministerpräsidenten begrüßte es, „daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehende Gebietsteile zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen“. Es müsse jedoch alles vermieden werden, „was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde“. Zum Ausdruck kommen mußte, „daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt“. Daher sei besonderer Wert darauf zu legen, alles zu vermeiden, „was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen Ost und West weiter zu vertiefen“. Zur Vorbereitung des Parlamentarischen Rates setzten die Ministerpräsidenten einen Verfassungsausschuss ein. Dieser Sachverständigenrat arbeitete einen kompletten Verfassungsentwurf aus und zeigte in strittigen Fragen mögliche Alternativen auf.

Gemäß dem Auftrag und der Vorgabe begann am 1. September 1948 der gebildete Parlamentarische Rat in Bonn mit der Ausarbeitung der Verfassung. Galten bislang die Ministerpräsidenten als die Sprecher der Westdeutschen, so übernahmen nunmehr die Repräsentanten der Parteien diese Rolle. Von den 65 stimmberechtigten Abgeordneten gehörten je 27 der SPD und der CDU/CSU, 5 der FDP, je 2 der Deutschen Partei, dem Zentrum und der KPD an. 5 westberliner Abgeordnete wirkten ohne Stimmberechtigung mit. Das soziale Profil des Parlamentarischen Rates prägten Juristen und Beamte. Sein gewählter Präsident war Konrad Ade-

nauer. Die Dauer der Ausarbeitung war bis spätestens Ende des Jahres vorgesehen, was sich jedoch als nicht machbar erwies. Das lag zu einen an den unterschiedlichen verfassungspolitischen Auffassungen der Parteien und zum anderen an den zahlreichen Interventionen der Militärgouverneure. Gleich zu Beginn der Verhandlungen erklärte Thomas Dehler: „Wir wollen keinen Torso schaffen, sondern einen starken deutschen Staat, der von vorneherein die Deutschen des Ostens potentiell einschließt.“

Das am 8. Mai 1949 mit zwei Drittel Mehrheit vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz, in der vorliegenden Fassung auch vom Bayerischen Landtag abgelehnt, wurde am 12. Mai 1949 von den drei Militärgouverneuren mit einigen Vorbehalten, wie etwa die Rechtsstellung Berlins, genehmigt und der Parlamentarische Rat für aufgelöst erklärt. Zugleich wurde am selben Tag von den Militärgouverneuren das angekündigte Besatzungsstatut erlassen, das ihnen die Ausübung der obersten Gewalt vorbehielt und vom 21. September 1949 bis 4. Mai 1955 in Kraft war. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet und einen Tag später in Kraft gesetzt. Damit war die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vollzogen.

Anzumerken ist, dass die westdeutsche Bevölkerung zuvor keine Möglichkeit gehabt hatte, dazu ihre Meinung kundzutun. Anders im östlichen Teil Deutschlands. Bereits im Spätsommer 1946 wurde der Öffentlichkeit Grundsätze einer Verfassung für Gesamtdeutschland vorgelegt, verbunden mit der gesamtdeutschen Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Friedensvertrag. Damit begann eine in der Folgezeit dreijährige öffentliche Debatte, in der zahlreiche Abänderungsvorschläge unterbreitet wurden, von denen viele Berücksichtigung fanden. Trotz Verbote und Behinderung konnte dieser Verfassungsentwurf auch von Teilen der westdeutschen Bevölkerung erörtert werden. Am 30. Mai 1949 bestätigte der Dritte Deutsche Volkskongress den Verfassungsentwurf für die Deutsche Demokratische Republik.

Somit war die Annahme des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, im Gegensatz zu dem zuvor bekundeten Willen der westlichen Ministerpräsidenten, der endgültige Akt der Spaltung Deutschlands, getragen vom Alleinvertretungsanspruch, umschrieben mit den Worten: „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Eine gesamtdeutsche Verfassung, wie als Entwurf von der ostdeutschen Bürgerbewegung „Runder Tisch“ verfaßt, wurde prinzi-

piell abgelehnt und dem Osten Deutschlands das westdeutsche Grundgesetz übergestülpt. Seither leidet das Verhältnis zwischen Ost und West grundlegend daran, daß in der Tat 1989/90 keine Vereinigung beider deutscher Staaten vollzogen worden

ist, sondern, die Gunst der Stunde der Geschichte nutzend, die DDR der BRD zugeschlagen wurde. So haben zahlreiche heutige Probleme, die das Verhältnis zwischen Ost und West belasten, ihre Wurzeln in der bewußten Weichenstellung der damaligen

Sieger der Geschichte. Doch, und das sei abschließend vermerkt, die Geschichte hat einen langen Atem, ihr Gedächtnis überdauert Jahrhunderte.

Wege durch das Leben

Daniel Merbitz 100. Geburtstag von Helmut Sakowski

Helmut Sakowski wurde am 1. Juni 1924 in Jüterbog geboren. Forstlehre, Kriegsgefangenschaft, Hilfsförster, Forstfachschule, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Forstamtsleitung und dann Revierförster, damit er Zeit zum Schreiben hatte. Nach ersten Erfolgen hängte er später den Försterrock an den Nagel und zog nach Mecklenburg. Mit seinem Namen wird immer der Pälitzhof verbunden sein, wo er über viele Jahrzehnte seine Romane und Drehbücher schrieb. Mit einem Platz am Fenster. Die meisten Texte entstanden handschriftlich in der ersten Fassung.

Unvergesslich bleibt sein Roman „Daniel Druskat“ und der gleichnamige Fernseh-mehrteiler mit Manfred Krug, Hilmar Thate, Ursula Karusseit und Angelica Domröse in den Hauptrollen.

Helmut Sakowski hat sich in die Herzen der Menschen geschrieben. Der mehrfache Nationalpreisträger der DDR nahm uns mit auf die Wege übers Land, welches seine Liebe war. Er machte uns mit Daniel Druskat bekannt, zog uns in die Dörfer und Wälder und Felder. Wie ein Vogel im Schwarm reisten wir mit seinen Büchern. Sein Schreiben war ihm sein Wagnis. Egal ob im sommerlichen Heidkau oder bei der Geliebten des Hochmeisters. Und er resümierte: Mutig waren wir nicht. Wir landeten in Klevenow, lernten die Schwäne, Hochzeiten und Erben kennen. Käthe Lindner, Grete, Staaf, Hilde, Gomolla, Max Stephan, Lene Mattke, Gertrud Habersaat, Emil Kalluweit – wir litten und lebten und hofften und bangten mit ihnen.

Die DDR brauchte frische, unverbrauchte Autoren, die nach dem Unheil des Faschismus und des Krieges eine neue, bessere Gesellschaft aufbauten und durchaus kritisch begleiteten: „Sommer in Heidkau“ (1964), „Wege übers Land“ (1968), „Daniel Druskat“ (1976), „Wie ein Vogel im Schwarm“ (1983) und „Mutig waren wir nicht“ (1990). Nach der Wende widmete er sich den Kinderbüchern wie dem Katja-Henkelpott-Zyklus (1992, 1995, 1998) und historischen Stoffen, die bis in die jüngere Vergangenheit hineingreifen wie die Trilogie um die Menschen von Klevenow (1993, 1994, 2000) oder die Fortsetzung von Daniel Druskat mit „Ein Herzog in Wendenburg“ (2001). Nicht zu vergessen, die Auseinandersetzungen mit dem Kriegs-

ende („Die Geliebte des Hochmeisters“, 2004) und die Romanfassung von „Wege übers Land“ im Jahr 2005. Sein letztes Buch.

Seine Bücher waren Bestseller, seine Filme Straßenfeger. Viele Menschen prägte er. Seit meiner Geburt begleitet mich ein Buch: „Daniel Druskat“. 1976 schrieb er eine Widmung für den neuen Erdenbürger: „Lieber Daniel, wenn Du dieses Buch liest, mag es Dir vorkommen, als würde von einer sehr fernen Zeit erzählt...Es grüßt Dich über die Jahre hinweg Helmut Sakowski.“ Wie Recht sollte er behalten, wie weit im doppelten Sinne waren die Zeiten über die Gesellschaften hinweg gegangen. Als junger Erwachsener sollte ich ihn weit nach der Wende kennenlernen, Gespräche, Briefe, Telefonate, Begegnungen folgten. Was bis heute nachwirkt: Er hat meine Texte gemocht und mich ermuntert: „Du musst schreiben, immer schreiben, schreiben, schreiben.“ Er hatte die Idee eines Projektes mit dem Namen „Die Widmung“, leider ist daraus nichts mehr geworden.

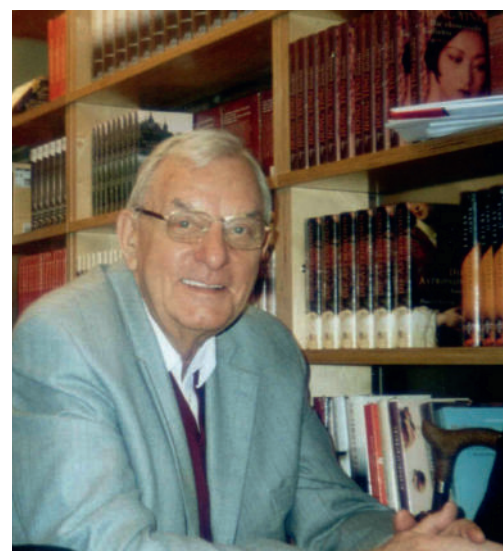
Er starb am 9. Dezember 2005 in Wesenberg. Bereits im Jahr 2001 kaufte das Literaturzentrum Neubrandenburg mit finanzieller Unterstützung der Neubrandenburger Sparkasse den literarischen Vorlass von Helmut Sakowski. Darin sind Werkmanuskripte, Filmszenarien, Rezensionen, Artikel und Interviews, Reden und Aufsätze sowie Briefe enthalten, die die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Werke des Autors von 1957 bis 2001 dokumentieren. Nach seinem Tod 2005 wurden diese Bestände durch den literarischen Nachlass ergänzt, so dass das Gesamtwerk des Autors im Archiv als einheitlicher Bestand vorhanden ist.

Die DVDs seiner Filme kann man immer noch neu und gebraucht kaufen. Leider sind aber seine Bücher heute nur noch antiquarisch erhältlich. Vielleicht traut sich mal jemand an eine Neuauflage. Selbst in seiner Wahlheimat ziehen einige dunkle Wolken auf. Der „Nordkurier“ vom 25.5.2024 dazu: „In Wustrow an der B 122 erinnert die Heimatstube mit einer Helmut-Sakowski-Lesestube an den Schriftsteller, der im nahen Wesenberg lebte und im Ortsteil Pälitzhof sein Schreib-Refugium hatte. Dort gebe

es ab und zu Lesungen, aber angesichts der ‚nicht unumstrittenen Biografie‘ des Autors, wie es Bürgermeister Heiko Kruse formuliert, kein größeres Gedenken zu dessen 100. Geburtstag.“ Hintergrund: Helmut Sakowski war seit 1973 Mitglied im Zentralkomitee (ZK) der SED. Alles traurig irgendwie.

Mit etwas Glück kann man noch die von Helga Korff-Edel (1924–2011) geschriebene Biografie erwerben („Übers Land mit Sakowski“, Edition Federchen im Steffen Verlag, Friedland 2009). Die Wege zwischen Helga Korff-Edel und Helmut Sakowski haben sich das erste Mal im Jahr 1963 gekreuzt. Die Leiterin der Abteilung Landwirtschaft des Deutschen Fernsehfunks fuhr in die Altmark, um gemeinsam mit Kollegen den Erfolgsautor Helmut Sakowski, der gerade mit der „Entscheidung der Lene Mattke“ (1958) für Furore gesorgt hatte, näher kennenzulernen. Vier Jahrzehnte sollte diese (Arbeits-) Beziehung andauern. Sie war seine Dramaturgin, Mitarbeiterin, Beraterin und Freundin. Der besondere Reiz dieser Biographie liegt in der persönlichen Note, am gefälligen, sympathischen Tonfall und nicht zuletzt an den unzähligen Fotos, die einen Einblick in die Lebens- und Filmwelt geben. Hilfreich, insbesondere für die jüngere Generation, sind die Anmerkungen, die vom „Künstlerklub Möwe bis zur „Kampfgruppe“ reichen.

Helmut Sakowski wird uns allen unvergessen bleiben.



Linkssozialismus

Michael Franzke Die hinter den eigenen Erwartungen zurückbleibende Resonanz der LINKEN ist mit ihrem Engagement für die Daseinsfürsorge sozial benachteiligter Menschen nicht zu erklären. Auch nicht mit ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit und für die völkerrechtlich verankerten Grundrechte wie Frieden, Schutz des Lebens sowie Gleichstellung diskriminierter Gruppen und Minderheiten. Zu den Ursachen gehören offensichtlich Defizite an innerparteilicher Solidarität und das Fehlen einer klaren Vision. Unter dem permanenten Druck in prekäre Arbeits-, Lern- und Lebensverhältnisse sozial benachteiligter Menschen anwaltschaftlich eingreifen zu müssen und eingedenk der schwindenden materiellen und personellen Ressourcen ist eine wesentliche Ursache aus dem Blick geraten: das Theorie- und Strategiedefizit in der LINKEN. Die Folge ist, dass die von uns angestrebte Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse unterbelichtet geblieben ist, d. h. die Frage welche strukturellen Veränderungen wir in unserer Gesellschaft bewirken wollen und können, sowie auf welchem Weg, mit welchen Mitteln, mit welchen Partnern und in welchem Zeitkorridor, noch keine zufriedenstellende Antwort gefunden hat. Antworten, die nicht nur wir selbst so dringend brauchen, die auch von der Zivilgesellschaft von uns erwartet werden, aber vor allem zur Lösung der multiplen Existenzkrisen unabdingbar sind.

Das Theorie- und Strategiedefizit und das Bildungsdefizit in der LINKEN sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten uns daran erinnern, dass emanzipatorische Bewegungen immer nur dann stark waren, wenn sie die Dialektik von Theorie und Praxis zu beherrschen wussten. Seit der Aufklärung wissen wir: Die Wirksamkeit von Praxis wird ohne Theorie stark gemindert, wie Theorie ohne die Erfahrung der Praxis leer bleibt. Nur zusammen sind beide stark und wirkmächtig. Wie die Einheit von Theorie und Praxis jeweils konkret gefördert werden kann, ist sicher abhängig von den Aktions-

ebenen, von Ort und Zeit, den Ressourcen und Akteuren. Die Verantwortung für diese Einheit ist allerdings nicht mehr verhandelbar. Zu viele Chancen hat die Linke bereits verspielt.

Der „Rote Freitag. Politische Bildung Die Linke Leipzig“ ist eine Bildungsreihe, in der weder totes Bücherwissen gelehrt noch belehrt wird oder gar Überzeugungsarbeit auf der Agenda steht. Sie ist ein Angebot, das eigene Denken zu schulen, neue Denkhorizonte zu erschließen, aktuelle Fragen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu erörtern und Meinungen auszutauschen. Um eine Struktur in die Veranstaltungen zu bringen, stehen sie jeweils unter einem speziellen Thema. Am 26. April stand das Thema „Max Adler als Vordenker des Linkssozialismus“ zur Diskussion.

Der Linkssozialismus ist im Programm der LINKEN als eine historische Quelle ihres Selbstverständnisses ausgewiesen. Der kritische Marxist Max Adler (1873-1937) gehört neben Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Anna Siemsen zur ersten Generation dieser politischen Strömung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Linkssozialist*innen machten sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auf den Weg, eine Alternative einerseits zur sozialreformistisch orientierten Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien und andererseits zur Theorie und Praxis der Parteien der Kommunistischen Internationale (1919-1943) herauszuarbeiten. Ihre Kritik galt sowohl der schrittweisen Aufgabe des revolutionären Prinzips des Klassenkampfes bei der Ausgestaltung der tagespolitischen Praxis als auch den Defiziten an Demokratie und Selbstbestimmung innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Beschäftigung mit der Geschichte des Linkssozialismus speist sich weder aus einer Sehnsucht nach Nostalgie oder nach revolutionärer Romantik, sie gründet sich im Interesse, die verschütteten praktischen Erfahrungen und theoretischen Leistungen dieser Alternative wieder frei-

zulegen und Bleibendes für die Gegenwart produktiv zu machen. Es sind folgende ausgewählte Leitsätze linkssozialistischer Theorie und Praxis, die seine Aktualität bereits anzeigen:

Erstens: Der Sozialismus ist seinem Wesen nach eine Kulturbewegung, die alle Verhältnisse überwinden will, in denen der Mensch – frei nach Karl Marx – ein bedrohtes, diskriminiertes, bevormundetes Wesen ist und solidarische Verhältnisse anstrebt, in denen er alle seine Fähigkeiten, Neigungen und Interessen frei entfalten kann und dadurch den gesellschaftlichen Reichtum mehrt.

Zweitens: Die theoretische Grundlage des Sozialismus ist die Materialistische Geschichtsauffassung, die von Karl Marx und Friedrich Engels begründet wurde und deren zentrale Kategorie der vergesellschaftete Mensch ist. Ihre Lebens- und Entwicklungsfähigkeit setzt die Beherrschung der Dialektik ebenso voraus, wie die Fähigkeit zum Dialog mit allen kritischen Natur- und Sozialwissenschaften. Sozialismus ist eine wissenschaftsbasierte Emanzipationsbewegung.

Drittens: Revolutionäre Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse setzen entsprechende Veränderungen im Bewusstsein ihrer Akteure voraus. Die Wirksamkeit eingreifenden Denkens hängt einerseits von der Qualität der Analysen der zu verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse ab und andererseits vom Vermögen diese Verhältnisse im Denken, Fühlen und Wollen zu überschreiten. Der Sozialismus ist eine Bildungsbewegung.

Diese drei in der Tat abstrakten Prinzipien bedürfen selbstredend einer Konkretisierung. Bildungsarbeit kann und muss sich dieser Aufgabe stellen. Dies setzt voraus, dass sie nicht nur von Akteuren aus der politischen Praxis toleriert, sondern aktiv unterstützt und bereichert wird. Der Preis ist sehr hoch, der Gewinn fällt jedoch unvergleichlich höher aus.

Neumitgliedertreffen

- **28. Juni 2024, 18 Uhr - "How to Wahlkampf – Part II: Landtagswahlkampf" (mit Wahlstab und Direktkandidierenden)**
- **26. Juli 2024, 18 Uhr - Thema bisher offen:** Die Vorbereitungstreffen dazu findet am 10. Juli 2024 statt.
- **30. August 2024, 18 Uhr - Einladung zu Nachtfostand oder Kneipentour zum Landtagswahlkampf:** Die Vorbereitungstreffen dazu finden am 10. Juli 2024 und 14. August 2024 statt.
- **27. September 2024, 18 Uhr - "How to Parteitag – Fokus: Neuwahl Stadtvorstand":** Die Vorbereitungstreffen dazu findet am 14. August 2024 und 11. September 2024 statt.

Wir laden alle AGs, Räte, Stadtbezirksverbände, Basisgruppen oder andere Strukturen in unserer Partei ein, mit uns ein Neumitgliedertreffen gemeinsam zu planen, um die Termine mit noch offenem Thema zu füllen. Wir würden das organisatorisch unterstützen, bei der Durchführung helfen und euch gerne auch Hinweisen zur inhaltlichen Ausgestaltung geben.

Unsere AG „trifft“ sich immer am 2. Mittwoch im Monat 19:30 Uhr online über BigBlueButton und bespricht weiteres in einer Telegrammgruppe.

Um eingeladen zu werden, melde dich bitte einfach kurz bei ag-neumitglieder@die-linke.cloud und wir laden dich mit ein.



Fotos: Kay Kameth

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Mittagessen:** Das im letzten MiB vorgestellte Bürgerbegehren zum kostenfreien läuft nach den Wahlen selbstverständlich weiter. Unterschriftenlisten und A1 Aufsteller dazu gibt es in unseren Linke-Büros. Die ausgefüllten Listen sollten dort bitte zeitnah wieder abgegeben werden.
- **Sommerpause:** Das nächste Mitteilungsblatt ist die Sommerdoppelausgabe Juli/August. Der Redaktionsschluss dafür ist der 1. Juli 2024, um 12:00 Uhr. Bis dann sollten alle zu veröffentlichenden Dinge an die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus geschickt werden: Steffi.Deutschmann@dielinke-leipzig.de
Das übernächste Heft erscheint dann Mitte September, nach der Landtagswahl. Bitte bedenkt dies bei der Abgabe von Aufrufen, Terminen oder ähnlichem. Die MiB Redaktion freut sich dabei auch immer über kürzere Artikel und schöne Bilder.
- **Weiterentwicklung der Redaktionsgruppe:** Wir sind stolz darauf und froh, dass wir als Stadtverband seit vielen Jahren in einer monatlichen Taktung unser Mitteilungsblatt (MiB) in dieser Form publizieren können. Viel Herzblut, Engagement und unzählige ehrenamtliche Stunden - meist an Wochenenden bzw. in Früh- oder Abendstunden - steck(t)en dazu bisher maßgeblich von Einzelpersonen in der Erstellung darin. Um die Last auf breitere Schultern zu verteilen und wichtige Kompetenzen (weiter) zu entwickeln, suchen wir daher interessierte Menschen, die bei der Konzeption, Redaktion und Gestaltung mitwirken möchten. Du hast Interesse? Dann melde dich bei: johannes.schmidt@dielinke-leipzig.de

4 Bilder aus dem Wahlkampf

Bild links oben: Unter dem Motto „Swing tanzen verboten“ sind wir in den letzten Wochen in ganz Leipzig unterwegs gewesen und haben damit auf den damaligen Widerstand gegen den Faschismus aufmerksam gemacht. Ebenso wurde auch auf die neue Gefahr von rechts hingewiesen.

Bild rechts oben: Unter dem Titel „Kinder an die Macht?!“ fand am 29. Mai im Lene-Voigt-Park in Reudnitz eine Diskussionsveranstaltung zur linken Jugendpolitik mit den beiden Leipziger Stadträten und Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses Juliane Nagel und William Rambow sowie der jugendpolitischen Sprecherin im Bundestag Heidi Reichinnek statt.

Bild rechts unten: Am 6. Juni fand unser Wahlkampfhöhepunkt zur Stadtrats- und EU-Wahl statt. Neben Gregor Gysi begrüßten wir dabei Carola Rackete, Ines Schwerdtner und Gerhard Trabert. Durch das Programm führte uns die Vorsitzende von Die Linke Sachsen Susanne Schaper. Sören Pellmann eröffnet die Kundgebung, welche mit weit über 1.000 Teilnehmenden die größte Wahlkampfveranstaltung in Leipzig war und dementsprechend in der LVZ mit keinem Wort erwähnt wurde.

Bild links unten: Auch am 8. Juni, dem letzten Tag vor den Wahlen waren wir auf der Straße und setzten uns für ein Soziales Leipzig ein. Es gab neben dem Infostand in der City und auch einen bei der Hand in Hand Kundgebung. Dabei konnten wir viele Unterschriften für unser Bürgerbegehren für ein kostenfreies Mittagessen in Kita und Schule sammeln.

22.06. 15–17h



Kupfersaal in der Kupfergasse 2, 04109 Leipzig

Wahlkampfaktionswoche und Stadtteilversammlung zum Wahlkampfauftakt Leipzig Mitte-Ost

Die Ergebnisse der Europawahl und der Durchmarsch der Rechten sind ebenso erwartbar wie erschreckend. In Sachsen ist die AfD mit Abstand zur stärksten Kraft gewählt worden, während Die Linke eine krachende Niederlage eingebüßt hat. Doch wir stecken den Kopf nicht in den Sand und sagen: Jetzt erst recht! Hier in Leipzig läuft dieser Kampf bereits auf Hochtouren. Wir wollen Die Linke wieder greifbar machen: In unserem groß angelegten Haustürwahlkampf stehen die Forderungen der Menschen im Stadtteil im Zentrum. Schon jetzt waren wir an über Viertausend Türen und wir haben gerade erst angefangen. Gemeinsam mit Nam Duy Nguyen wollen wir das Direktmandat in Leipzig Mitte-Ost gewinnen und diese Forderungen in den sächsischen Landtag bringen! Der Kampf um dieses Direktmandat wird voraussichtlich nicht nur maßgeblich für den Erhalt des Fraktionsstatus der Linken in Sachsen, sondern auch ein Testfeld für das Bundestagswahljahr 2025 sein. Und dafür brauchen wir euch!

Am 22.06. von 15 – 17 Uhr laden wir zur Stadtteilversammlung des Wahlkreises Mitte-Ost in den Kupfersaal ein. In den vergangenen Monaten waren wir bereits an Tausenden Haustüren und haben mit den Wähler*innen darüber gesprochen, welche Themen sie am meisten bewegen. Nun laden wir die Bürger*innen und unsere Genoss*innen dazu ein, gemeinsam zu diskutieren, welche Themen und Probleme im Land wir mit ihnen angehen wollen.

Für Verpflegung, Kinderbetreuungen und einige Übersetzungen ist gesorgt.

Wer von Zuhause abgeholt werden möchte, kann sich bei uns per Mail melden, an namduy.nguyen@dielinke-leipzig.de.

Vom 26.7. bis zum 4.8.24 laden wir bundesweit zu einer Aktionswoche nach Leipzig ein - 10 Tage wird Leipzig Mitte-Ost rot sein. Dafür bauen wir für euch ein Programm aus Organizing-Workshops, Ansprache-Trainings und nicht zuletzt tausenden Haustürgesprächen auf. Bei

Erfahrungsaustausch,

Inputs und Debatten diskutieren wir, wie wir als Linke neue Kraft gewinnen, während wir uns im Sport- und Kulturprogramm auch persönlich besser kennenlernen können. Die Aktionswoche vereint das, was nach den Ergebnis der Europawahl umso nötiger ist: Einen Debattenraum für eine basisorientierte Erneuerung der Linken, ein Trainingscamp für die anstehenden Bundestagswahlen und einen Ort, um uns kennenzulernen und gemeinsam wieder Kraft zu schöpfen!

Die Plätze sind begrenzt, die Anmeldung ist möglich unter <https://gleft.de/5DG>

Für Genoss*innen, die von außerhalb zur Unterstützung anreisen gibt es bereits eine Bettenbörse, wer einen Schlafplatz für den Zeitraum frei hat, kann sich unter <https://gleft.de/5DF> eintragen. Wir freuen uns über jede Unterstützung!

Zeit, dass sich was dreht!

Weitere Infos zur Kampagne gibt es unter www.namduynguyen.de

Roter Freitag: „Kritik im Handgemenge“: Wozu und wie kritisieren wir? Marxistisches Grundlagenseminar

Wann: Freitag, 28. Juni, 18:00 Uhr
Wo: Braustraße 15, 04107 Leipzig

Aller Anfang ist nicht leicht. Und die Schriften von Karl Marx sind sicherlich

ein großer Schritt. In diesem Seminar wollen wir erste Schritte wagen und philosophische Textauszüge des jüngeren Marx zum Thema "Was ist Kritik?" behandeln. Der Leitspruch der Aufklärung, den Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, hat nichts an seiner Aktualität verloren. Ziel des Seminars ist es, zum Nachdenken darüber anzuregen, wie wir eigentlich politisch Denken und wie wir uns unsere Urteile kritisch bilden. Wir möchten diesen ersten Schritt gemeinsam gehen, wissend, dass unsere gemeinsamen Gedanken und Analysen das Verständnis des Einzelnen bereichern.

① Anmeldungen bitte an:
christian.annecke@dielinke-leipzig.de

Regelmäßige Termine

Stadtvorstand

Wann: 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 9. Juli)
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitage das höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt (Kontakt Daten siehe Impressum unten).

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen

Wann: 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 16. Juli)
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben. (Kontakt Daten siehe Impressum unten).

Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand Die Linke Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@dielinke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Adam Bednarsky
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Juni 2024. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 01.07., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.